



# Der Volkswacht

Herausgeber: Martin Mutschmann

Ämtliche Tageszeitung der N.S.D.A.P. Gau Sachsen

Ab 1. März Bezugspreis-Ermäßigung!  
Weiterwerben!

Bezugspreis: 1. ein Monat RM 2.50 (zuzügl. 30 Pf. Postgebühren). Der "Volkswacht" erscheint täglich, in Wochen der Sonntagsausgabe. Schriftleitung: Dresden, Ullrichstraße 12/14, Ruf 25 301 - Dresden 18-12.

Nr. 32 · Montag, 8. Februar 1932

Anzeigenpreis: Die Spaltenzahl 15 W. 1. Einzeiler im Text 1500. Die Größe der Aufträge entscheidet über die Preise. Die vom Verlag über den Reichstag eingehalten werden können. Bei Werberlot entfällt Nachk.

# Entmenschte Bestien!

## Biehischer Leberfall der „Eisernen Front“ 1000 Reichsbannerstrolche überfallen 16 SA-Leute

Vorgestern forderte der schleichende Bürgerkrieg in Deutschland seine Opfer. Es ereignete sich ein Fall, an dem wir nicht eine lange Liste von Überfällen roter Verbrecher auf Nationalsozialisten veröffentlichen müssen.

Die Bildung der sogenannten „Eisernen Front“ hat bisher schon gezeigt, daß mit ihr eine Radikalisierung der sozialdemokratischen Massen beabsichtigt war, die auch schon blutige Auswirkungen hatte. — Es scheint diese „Gründung“ überhaupt weniger unmittelbaren sozialdemokratischen Zielen zu dienen als den Zweck zu haben, die Massen nicht zur SPD. abzuwandern zu lassen.

Über gerade diese Notwendigkeit dringt an einer „Aktivierung“. — So kommt es, daß sich heute

erhebliche innere Verletzungen ereignen. Das Reichsbanner hat keine Verletzten, da ja die SA völlig unbewaffnet war.

Während sonst jeder Demonstrationen von uns durch Polizei geführt und begleitet wird, war heute bei dem Marsch der „Eisernen Front“ nicht zur Stelle. Nur dadurch konnte das Gefindel den traurigen Mut finden, in dieser vielfachen Uebermacht über das häusliche SA-Revue herzufallen. Die Bewohnerschaft der Promenadenstraße sowie die Straßenpassanten, die Zeugen dieses Leberfalls waren, sind über das gemeindefürliche Treiben der Reichsbannerherden auf das äußerste empört.

Sier zeigen sich die Auswirkungen der Werdhische marxistische Zeitungen. Tatsächlich wird in ihnen offen und verheißt zu Gewalttätigkeiten gegen Nationalsozialisten aufgeföhrt. In großen Aufsätzen der „Eisernen Front“ wird gleichfalls zum Kampf gegen uns geseht.

Sozialdemokratische Jungen, einschließlich der

Abgeordneten, reifen durchs Land und helfen überall da nach, wo sich der von ihnen geübte Sozialismus auch im Inneren auszuwirken beginnt. Die Tatsache, daß sich keinerlei staatliche Organe gegen dieses Treiben wenden, zeigt am besten, wie weit dieses System am Ende seiner Kraft ist.

Unseren Parteigenossen und SA-Kameraden rufen wir aber zu:

Gerade jetzt im Abschnitt der letzten Entscheidungskämpfe kommt es darauf an, eifernste Manneszucht zu bewahren und sich von keiner Seite provozieren zu lassen. Gelingt es uns, die Kerzen zu erhalten, dann überwinden wir bereits in den nächsten Wochen diesen ganzen Spuk mit seinen üblen Folgeerscheinungen, und dann wird auch eine Änderung dieses Zustandes eintreten.

## Wir bleiben hart!

Eine wahre Sturmflut von Aufrufen und Erklärungen für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ergießt sich über unser Volk. Mit einem ungeheuren Aufwand an Mitteln betreiben gewisse Kreise, die wir unseren Lesern bereits in ihrer ganzen „Bedeutung“ vorgekehrt haben, eine großartige Propaganda zur Rettung des heutigen Systems und mißbrauchen dabei den Namen Hindenburgs. Wieder steht, wie stets in allen Stunden der Entscheidung, ein Trommelfeuer auf die öffentliche Meinung ein. Die völlig private Aktion gewisser Personen, die sich deshalb zu einem „überparteilichen Gremium“ zusammengefunden haben, weil bei ihnen mangels Masse von „Parteien“ gar nicht mehr gesprochen werden kann, dient dazu, das deutsche Volk gefühlsmäßig für die Erhaltung eines Zustandes einzuspinnen, den es in seiner überwiegenden Mehrheit ablehnt.

Die Reichspräsidentenwahl ist kein Akt der „Danbarkeit“ einem verdienten Manne gegenüber, sie ist keine Angelegenheit der „Vielheit“, sondern ein hochpolitischer Vorgang!

Es geht nicht darum, dem deutschen Volke als äußerlichen Repräsentanten eine bürgerliche Gestalt zu erhalten, sondern es geht — und das haben die Kämpfe der letzten Wochen gezeigt — um die Entscheidung darüber, ob der bisherige Zustand erhalten bleibt, oder ob das deutsche Volk sich so weit aufrufen kann, dieses Zustand endgültig und vor aller Welt abzuschleudern und damit zum Sturm zu brüllen.

Die gesamte Zeitungslandschaft ist in Freudenmeldungen über eine so und so hohe Einzeichnungszahl für die Kandidatur Hindenburgs, Republikanische Behörden und liberale Warenhäuser weitestens in der Auflegung von Einzeichnungskarten. Es fehlen nur noch die Konsumvereine.

Was soll dieses Treiben? Dient denn plötzlich die Welt Kopf? Dienten, die einst Hindenburg beschimpften und bekämpften, treten „begeistert“ für ihn ein, und seine damaligen Wähler stehen abseits.

Es geht ja gar nicht um Hindenburg. Es geht um das System Brüning.

Man läßt kein Mittel unversucht, nur über das deutsche Volk jenen Nebel einer schickten Massenpropaganda zu lassen, die bisher — leider — stets Erfolg gehabt hat. Anders man läßt die Massen mit der Parole Hindenburgs bearbeitet, indem man sie belügt, daß in der Person Hindenburgs alle Parteiforderungen erfüllt seien, hofft man, sie kurzweil gemacht zu haben, damit sie beim bevorstehenden Wahlsieg Hindenburgs ihre Stimme geben. Schleichenträger und Kurier dieses Systems finden sich wiederum und stellen sich als Leute von „positiver Einstellung“ der, die diesen Leute, deren Politik der letzten 13 Jahre so „schlecht“ war, daß sie aus dem hohen deutschen Volk einen Trauerwerk gemacht haben. Und ausgezehrt diese politischen Verfolger wachen jetzt die Einheit und Verantwortung in Erbschaft angenommen haben! Sie „bedauern“ — je nach ihrer Überlichkeit — mehr oder minder „aufrichtig“ das „Absterben“ der jenseitigen Nationalsozialisten. Mit diesen Mächten wollen sie Adolf Hitler und seine Bewegung in einen Gegenstand um lassen. Volkes willen bringen — schade, die Herren haben die Zeit verstreifen lassen. Sie übersehen, daß die Entwicklung längst über sie hinweggegangen ist, sie vergessen, daß es dank ihrer Unfähigkeit der nationalsozialistischen Aufklärungswelle in ihrem Kampf der letzten Jahre gelungen ist, die Massen über ihr wahres Gesicht und die Ursachen ihrer Not zu beleuchten und ihnen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie alle — ob sie wollen oder nicht — unheilvoll verurteilt sind mit dem Schicksal ihres Volkes. Nicht nur in einer negativen Kritik erschöpfte

## Mordkommune und Weißblechfront starke Konkurrenz

im Niederschlagen von Nationalsozialisten mochten.

Daß die „Eiserne Front“ eine Zusammenfassung sozialdemokratischer Anhänger aus den verschiedenen Organisationen und Vereinen darstellt, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Diese „Massen“ sind aber nicht entscheidend, ihr Kampfwert ist lächerlich gering. Daher besetzt ja der Volksmund dieses „eiserne“ Gebilde auch gern mit dem Wort „verrostet“. Lediglich die

## Litauischer Staatsstreich

### Präsident Böttcher nach Kowno gebracht

Wie der Sonderberichterstatter des Montags aus Lissak berichtet, soll Präsident Böttcher am Sonntag nach Kowno abtransportiert worden sein.

Der Chauvinismus der Litauer habe bereits über Böttcher und den Pfarrer Bodzus, den zweiten Verhafteten, das Urteil gesprochen. Beide sollen nach Gorn verbannt werden. Gorn ist ein Verbannungsort, in dem die Sträflinge Litauens untergebracht werden.

Man bekommt ganz unwillkürlich den Eindruck, als ob es die Litauer nicht hätten, noch vor der Gründung des Dritten Reichs die Länke im Schild geführten Litauern gegenüber dem Deutschland zur Durchführung zu bringen. Aber es gibt „Latachn“, die wir niemals als „vollendete“ ansehen werden!

Scharfer deutscher Protest

Von seiten der deutschen Abordnung wird mitgeteilt, daß der deutsche Gesandte in Kowno,

no, Morath, beauftragt worden sei, bei der litauischen Regierung schärfstens gegen der Vorgänge im Memelgebiet zu protestieren und der litauischen Regierung mitzuteilen, daß die Reichsregierung die Angelegenheit vor den Völkerbund gebracht hat. Reichsfürster Brüning wird an der Sitzung des Völkerbundsrates, in der die Memelfrage behandelt wird, persönlich teilnehmen, falls sich dies mit seiner Dienstag geplanten Abreise vereinbaren läßt.

Der litauische Sturz wird haneben zu der Kurzung des Völkerbundsrates durch Deutschland erklärt, daß die deutsche Regierung hierzu kein Recht habe, da Deutschland erst nach der Unterzeichnung des Memelabkommens Mitglied des Völkerbundes geworden sei. Außerdem liegt ein Bruch des Memelabkommens nicht vor (1). Demgegenüber kann festgestellt werden, daß Deutschland sich verständig als länderliche Notstandsmaßnahme auf Grund des Artikels 17 des Memelabkommens jederzeit berechtigt ist, den Völkerbundsrat anzurufen. Daß kein Bruch des Memelabkommens vorliegt, wird die litauische Regierung erwidern nicht behaupten können.

## Gausturm-Stubswache in Chemnitz überfallen!

(Eigene telefonische Meldung.)

Nach Abschluß einer Uebungsfahrt des NSDAP. und des Motorsturmes begab sich die Gausturm-Stubswache in Stärke von 16 Mann nach dem Schloßfeld, um bei der Vorbereitungsarbeiten der NSDAP. in Chemnitz einzugreifen. Bevor die Propagandaführer eintreten, kam plötzlich ein Zug Reichsbannerleute in Stärke von etwa 1000 Personen. Die SA-Kameraden stellten sich auf Befehl ihres Truppführers auf den Bürgersteig, um das Reichsbanner vorbeizulassen.

Plötzlich fiel die Spitze des Zuges in Stärke von 150 Mann feige über unsere 16 SA-Männer her. Die Banditen schlugen mit erhobenen Fahrrädern, Totschlägern, Stahlruten und Stöcken auf die SA-Kameraden ein.

Einige SA-Männer wurden durch Schläge auf den Kopf solange bearbeitet, bis sie ohnmächtig zusammenfielen. Dann wurden sie von den entmenschten Bestien nacheinander in eine Kerkereiten. Während es den wenigen nicht schwer verletzten SA-Leuten nur mit Mühe gelang, ihre Kameraden zu bergen, schmonk die blutige Menge in bedrohlicher Weise an.

Hilfsbereite Anwohner nahmen die blutgeschwundenen SA-Männer bei sich auf, und lieferten die erste Hilfe. Drei Mann mußten in schwerer Verletzung ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Verletzten konnten sich in ihre Wohnungen begeben. Zwei der im Krankenhaus befindlichen SA-Männer haben durch die Schläge

## Deutschland verlangt Sonderratsstagung wegen Memel

Genf, 7. Februar.

Die Reichsregierung hat den Vorschlag gemacht, angesichts der Flagrantverletzung der Memelkonvention durch die litauische Regierung an den Generalsekretär des Völkerbundes das offizielle Ersuchen zu richten, den Völkerbundsrat unverzüglich zu einer außerordentlichen Ratstagung dieses Falles einzuberufen.

Die Note wird am Montagvormittag dem Generalsekretär überreicht werden.

Dieser ist vorschlagsgemäß gebunden, unverzüglich den Völkerbundsrat sodann einzuberufen. Wenn die Sitzung des Völkerbundsrates stattfinden wird, steht noch nicht fest, da der Generalsekretär zunächst die litauische Regierung von der Kurzung des Völkerbundsrates telegraphisch in Kenntnis setzen muß. Sollte die litauische Regierung dem hier anwesenden Gesandten Sidilkaukas nicht zur Vertretung im Rat bevollmächtigen, so wird voraussichtlich der litauische Außenminister Janulis nach Genf kommen. In diesem Falle muß mit einer ein- bis zweiwöchigen Verzögerung der Ratstagung gerechnet werden, da der litauische Außenminister in Kowno weilt.

Die deutsche Abordnung wird im Laufe des Montagvormittags mit den vier Unterzeichnerstaaten des Memelabkommens — England, Japan, Frankreich und Italien — in Rührung treten.

Die Lage wird in Artikeln der deutschen Abordnung (Fortsetzung auf Seite 2.)

no, Morath, beauftragt worden sei, bei der litauischen Regierung schärfstens gegen der Vorgänge im Memelgebiet zu protestieren und der litauischen Regierung mitzuteilen, daß die Reichsregierung die Angelegenheit vor den Völkerbund gebracht hat. Reichsfürster Brüning wird an der Sitzung des Völkerbundsrates, in der die Memelfrage behandelt wird, persönlich teilnehmen, falls sich dies mit seiner Dienstag geplanten Abreise vereinbaren läßt.

Der litauische Sturz wird haneben zu der Kurzung des Völkerbundsrates durch Deutschland erklärt, daß die deutsche Regierung hierzu kein Recht habe, da Deutschland erst nach der Unterzeichnung des Memelabkommens Mitglied des Völkerbundes geworden sei. Außerdem liegt ein Bruch des Memelabkommens nicht vor (1). Demgegenüber kann festgestellt werden, daß Deutschland sich verständig als länderliche Notstandsmaßnahme auf Grund des Artikels 17 des Memelabkommens jederzeit berechtigt ist, den Völkerbundsrat anzurufen. Daß kein Bruch des Memelabkommens vorliegt, wird die litauische Regierung erwidern nicht behaupten können.

plötzlich fiel die Spitze des Zuges in Stärke von 150 Mann feige über unsere 16 SA-Männer her. Die Banditen schlugen mit erhobenen Fahrrädern, Totschlägern, Stahlruten und Stöcken auf die SA-Kameraden ein.

Einige SA-Männer wurden durch Schläge auf den Kopf solange bearbeitet, bis sie ohnmächtig zusammenfielen. Dann wurden sie von den entmenschten Bestien nacheinander in eine Kerkereiten. Während es den wenigen nicht schwer verletzten SA-Leuten nur mit Mühe gelang, ihre Kameraden zu bergen, schmonk die blutige Menge in bedrohlicher Weise an.

Hilfsbereite Anwohner nahmen die blutgeschwundenen SA-Männer bei sich auf, und lieferten die erste Hilfe. Drei Mann mußten in schwerer Verletzung ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Verletzten konnten sich in ihre Wohnungen begeben. Zwei der im Krankenhaus befindlichen SA-Männer haben durch die Schläge